

Weiter Geldgeschenke für Konzerne?

Oder eine gut funktionierende Krankenversorgung und gerechte Pensionen für alle?

Österreich als Paradies für Konzerne und Superreiche - oder als Land, in dem wir alle gut leben können: Am 29. September entscheiden die Wählerinnen und Wähler, wie es weiter gehen soll!

Während der drei Jahre andauernden Corona-Pandemie wurde uns drastisch vor Augen geführt, wofür die schwarz-grüne Regierung tatsächlich steht. Unter dem Vorwand, die Bevölkerung vor einer Krankheit schützen zu wollen, hat sie Milliarden Euro Steuergeld an Konzerne und vermögende Unternehmer nahezu unkontrolliert verteilt. Auf der Strecke geblieben sind die kleinen Betriebe, von denen viele die rigorosen Quarantänemaßnahmen nicht überleben konnten.

Die Rechnung für diese gewaltsame Umverteilung von unten nach oben ist noch lange nicht beglichen. Wir Steuerzahler werden dafür Jahre, vielleicht Jahrzehnte büßen müssen. Dass unsere Spitäler über viel zu wenig Ärzte und Pflegepersonal verfügen, ist eine direkte Folge dieser völlig verantwortungslosen Politik von Nehammer und Kogler.

Corona ist vorbei, aber die Wartezeiten - auch für dringende Operationen - werden immer länger. Die Krankenkassen wurden angeblich "reformiert" .. trotzdem wurden viele Leistungen gestrichen, trotzdem müssen wir drei Monate und länger auf einen Facharzttermin warten. Fragen wir doch mal, wie oft unsere drittklassig gewordene Krankenversorgung schon für Sterbefälle verantwortlich zu machen ist, nur weil Operationen nicht rechtzeitig durchgeführt werden konnten! Wir müssen uns auch fragen, wieso die schwarz-grüne Regierung nichts gegen diese bedrohliche Entwicklung unternommen hat:

Schon 2018 hat die Regierung Kurz I die Arbeitgeberbeiträge gesenkt und damit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) das jährliche Budget um 500 Mio. Euro gekürzt. Im selben Jahr wurden die Gebietskrankenkassen in der ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse) zusammengestaucht und dazu verpflichtet, Selbstbehalte einzuführen, wenn sie "defizitär" arbeiten. Die versprochene "Patientenmilliarde" löste sich nach der Reform in Luft auf, denn plötzlich "fehlten" 1,7 Mrd. Euro. Zwei Jahre später - 2020 - war das Defizit trotz weiterer Leistungskürzungen noch größer geworden, aber die ÖVP lehnt bis heute alle Vorschläge der SPÖ für eine Sanierung der Krankenkassen ab.

Ende 2021 - inmitten der Corona-Krise - stellte die schwarz-grüne Regierung fest, dass eine alarmierend hohe Zahl an Kassenarzt-Stellen unbesetzt ist. Die SPÖ erarbeitete mehrere Initiativen um neue Kassenärzte zu gewinnen, doch Nehammer & Co. unternahmen nichts! Die SPÖ forderte eine Verdopplung der Studienplätze für Medizin um gegen den Ärztemangel anzugehen, doch die ÖVP lehnte alle Anträge ab.

ÖVP, FPÖ, Grüne oder NEOS: alle wollen der Wirtschaft - und nur der Wirtschaft - gefällig sein. Und deswegen müssen wir uns eine weitere Frage stellen: **Wollen wir wirklich zulassen, dass diese Politik weiter gehen kann?** Denn wenn wir am 29. September eine Regierung wählen, in der ÖVP, FPÖ, Grüne und/oder NEOS beteiligt sind, liegt die Verantwortung für das, was danach kommt, **vor allem bei uns selbst!**



ÖVP, FPÖ und GRÜNEN bist **DU** egal ..

Wenn die ÖVP nicht gerade mit einem ihrer Korruptions-Skandale beschäftigt ist, dann macht sie Politik für Konzerne und Superreiche auf dem Rücken der Bevölkerung. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie gerade mit der FPÖ oder den Grünen regieren, auf Bundes- wie auf Landesebene. Denn während die ÖVP eine Sozialleistung nach der anderen kürzt und die Menschen länger arbeiten lässt, verteilt sie Steuergeschenke an die, die schon mehr als genug haben. So tickt die ÖVP nun mal .. und FPÖ, Grüne und NEOS machen es ihr gleich .. Politik ist zum Geschäft geworden!

Nehammer & Kogler: Kampf gegen die Armen, nicht gegen die Armut!

Die schwarz-grüne Regierung von Nehammer und Kogler versagt schon seit Jahren bei der Inflationsbekämpfung. Während die Bevölkerung immer mehr für Miete, Heizen, Lebensmittel und Kreditrückzahlung ausgeben muss, häufen sich bei den Krisengewinnern die Profite an. Wirksame Eingriffe in die gefährliche Preisentwicklung lehnt die ÖVP beharrlich ab. Das Ergebnis: Österreich hat eine der höchsten Inflationsraten in ganz Europa! Die Großunternehmer können sich dagegen über eine Senkung der Gewinnsteuer freuen!

Wann?	Thema	Was die ÖVP daraus gemacht hat:
2022-2023	Der Schmäh mit dem Mietpreisdeckel	Ganze zehnmal lehnt die ÖVP einen Mietpreisdeckel im Parlament ab. Anstatt die Mieten einzufrieren und Erhöhungen langfristig bei maximal 2 % zu deckeln, beschließt sie im Herbst 2023 einen "Schmähdeckel", der über der Inflationsrate liegt. Ergebnis: Die Mehrzahl der Mieten sind in nur zwei Jahren um rund ein Viertel (25%) gestiegen!
2022-2023	Aussetzung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel abgelehnt	Während andere Länder in der Corona-Krise sehr früh die Steuer auf Lebensmittel ausgesetzt haben, damit sie trotz Rekordinflation leistbar bleiben, stimmte die ÖVP seit 2022 sechsmal gegen diese Maßnahme.
2022-2023	Energiepreisbremse verhindert	Die explodierenden Energiepreise waren lange Zeit der Hauptgrund für die Hyperinflation. OMV, Verbund, EVN etc. zockten die Bevölkerung regelrecht ab und strichen Milliarden Extraprofite ein. Eine Deckelung des Gaspreises lehnte die ÖVP siebenmal ab. Und die "Strompreisbremse" war ein Betrug, denn nicht die Krisengewinner, sondern die Bevölkerung finanzierte diese mit dem eigenen Steuergeld.
2022-2023	Übergewinne für Konzerne und Aktionäre bleiben unberührt	Die enormen Übergewinne der Energiekonzerne, Banken und anderen Krisenprofiteuren blieben unangetastet. Der sogenannte Energiekrisenbeitrag der Regierung (der nur auf Druck der EU zustande kam) änderte daran nichts. Andere Länder haben sich dagegen frühzeitig für eine Umverteilung zu Gunsten ihrer Bürger*innen entschieden. Übergewinne wirksam abzuschöpfen, lehnte die ÖVP viermal ab.
Aug. 2023	Hohe Zinsen für Banken, niedrige Zinsen für Sparer	In der Corona-Krise machten die Banken Rekordgewinne. Denn während die Zinsen für Kredite rasant in die Höhe schnellten, blieben die Zinsen für Sparende niedrig. Einen Antrag, dieses willkürliche Missverhältnis zu beheben, lehnte die ÖVP ab.
2020-2023	Erhöhung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe abgelehnt	Ein Großteil der Arbeitslosen lebt an oder unter der Armutsgrenze. Die Rekordinflation hat ihre Situation weiter verschärft. Die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 % des Letzteinkommens könnte 40.000 Menschen aus der Armut holen, aber die ÖVP stimmte 2020 bis 2023 neunmal dagegen.

